

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großhain und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pögnau und Taucha

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208**

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelle 35 Pfa., bei Platzvorkauf 40 Pfa., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachl. Stellenangebote 10gespalt. Kolonelle 25 Pfa., Reklamezeile 2 Mk. Inserate von auswärtig: die 10gespalt. Kolonelle 40 Pfa., bei Platzvorkauf 50 Pfa., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Kampf gegen die Not!

Steuert der Not!

Rettet die arbeitenden Massen vor völliger Verelendung! Das ist der Ruf, der millionenfach im Volke widerhallt. Was tun die Herrschenden zur Hilfe für die werktätige Bevölkerung? Das ist die sorgenschwere Frage hungernder Familienväter, verzweifelter Mütter. Die Maßnahmen der Reichsregierung gehen den Weheln der Zeit nicht an die Wurzel. Die Wirtschaft wird nicht belebt, die Arbeitslosigkeit nicht vermindert, die Kaufkraft der Massen nicht gehoben. Im Gegenteil! Die Löhne werden gekürzt, die Unterstützungen gedrosselt, Subventionen werden an Industrie und Landwirtschaft gegeben, ohne daß der Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der Willkür der Banken und der Privatwirtschaft gesteuert würde. Hier muß Einhalt geboten werden. In Sachsen ist die Not am größten. Ganze Industrien wandern ab. Die Ziffern der von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen sind doppelt so hoch als der Reichsdurchschnitt. Das Reich muß helfen. Aber auch die sächsische Regierung muß das ihre tun, um einer Katastrophe vorzubeugen. Die Sozialdemokratie hat die Initiative ergriffen. Durch die Aktionen des kommunalpolitischen Landesauschusses und des Arbeitsauschusses der SPD. Sachsens ist die Situation grell beleuchtet, sind die Wege zur Rettung aus den schlimmsten Notzuständen gewiesen worden. Eine Konferenz der gemeinnützigen Bauvereinigungen, der Gewerkschaften und der Partei hat den Blick der Öffentlichkeit für das Elend auf dem Baumarkt geschärft. Nun muß auch das sächsische Parlament mobilisiert werden. Daher hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen umfassenden Initiativantrag gestellt, um die dringendsten Notwendigkeiten des Augenblicks zu erfüllen. Die Massen der Parteigenossen im Lande und darüber hinaus die gesamte Arbeiterschaft werden unter der Führung der Sozialdemokratie diese Aktion unterstützen. Nicht das Phrasengeklirr der Nationalsozialisten und der Kommunisten, nur praktische Taten retten das arbeitende Volk!

Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zur Milderung der Notlage

Die ungeheure Wirtschaftskrise, die in Sachsen noch katastrophaler wirkt als in anderen deutschen Ländern und die zu einer unerhörten Verelendung der breiten Massen führt, macht es zur gebieterischen Pflicht der Landesregierung, alle überhaupt nur möglichen Maßnahmen durchzuführen, um die schlimmsten Notzustände zu beseitigen. Die von der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet sind nicht nur unsozial, sondern auch zum Teil zur Verbesserung der Verhältnisse völlig unwirksam. Dies gilt besonders von der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931, durch die die Massen schwer belastet worden sind, und von der Notverordnung vom 12. August 1931, durch die den Gemeinden nach der schon in früheren Jahren unter dem Reichsbankpräsidenten Schacht durchgeführten Drosselung langfristiger Auslandskredite die Ausnahme von Krediten durch Spar- und Girokassen verwehrt wird. Die Gemeindefassen sind leer, aber die Auszahlung der Unterstützungen muß im kommenden Notwinter unbedingt gesichert werden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat mit Hilfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine besondere Nothilfe für Sachsen gefordert. Den Gemeinden muß grundlegend geholfen werden. Um vermehrtes Erwerbsloseneleid und weitere starke Belastung der Gemeinden zu vermeiden, muß vor allem die Lahmlegung des Baumarktes verhindert werden. Im Volke wird es mit Recht auf das stärkste kritisiert, daß immer nur die breiten Massen Opfer bringen sollen, in dessen die Rieseneinkünfte der privaten Wirtschaftsführer und die hohen Gehälter als unantastbar gelten. Ebensovienig kann es länger geduldet werden, daß im sächsischen Haushaltpolitik Positionen aufrechterhalten werden, die, zumal in der heutigen Notzeit, keineswegs notwendig sind.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. Bei der Reichsregierung erneut und in verstärktem Maße vorstellig zu werden, um eine besondere Nothilfe für Sachsen durchzusetzen, damit die Zahlung der Unterstützungen durch die Gemeinden gesichert und die Lahmlegung des Baumarktes verhindert wird;
2. die Befreiung der Mietzinssteuer zugunsten des Hausbesitzes ganz entschieden abzulehnen;
3. die Aufhebung der Notverordnung zur Sicherung von Wirt-

schaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 und der Verordnung über Spar- und Girokassen vom 5. August 1931 zu fordern;

4. die Forderung der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften auf Einführung der 40-Stundenwoche mit allem Nachdruck zu unterstützen.
- II.
1. Die sächsische Verfassung vom 22. August 1931 zur Drosselung des Baumarktes aufzuheben;
 2. das Wohnungsbauprogramm von 1931 möglichst durchzuführen, vor allem Mittel zur Fertigstellung angelegener Bauten sicherzustellen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um Mittel zur Arbeitsbeschaffung aufzubringen;
 3. die beschleunigte Durchführung der mittelsächsischen Wasserversorgung mit allem Nachdruck zu fördern;
 4. die von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als Ersatz für Mietzinssteuermittel zur Verfügung gestellten Hypotheken in Anspruch zu nehmen und die Zinsdifferenz von jährlich 59 000 Mark aus Mitteln des Staates zur Verfügung zu stellen;
 5. die Maßnahmen zur zwangsweisen Kürzung der Güterpreise, die sozialen Härtebestimmungen der Verordnung zur Nachprüfung der Vermögensverhältnisse und der 20prozentigen Lohnnebenbei bei den Staats- und Forstarbeitern rückgängig zu machen;
 6. den vom Landtag beschlossenen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der 40-Stundenwoche in allen kantonalen Betrieben und Verwaltungen beschleunigt durchzuführen;

7. dem Landtag umgehend eine Vorlage über die Kürzung der hohen Gehälter der Staatsbeamten vorzulegen und darauf hinzuwirken, daß in den Gemeinden ebenfalls eine entsprechende Herabsetzung der hohen Gehaltsbezüge erfolgt;
8. darauf hinzuwirken, daß die zu hohen Gehälter der leitenden Angestellten in Staats- und gemischtwirtschaftlichen Betrieben herabgesetzt werden und im gleichen Sinne auf die Privatwirtschaft einzuwirken;
9. die Gehälter der unteren und mittleren Beamten sowie die Bezüge der Tarifangestellten nicht weiter zu kürzen;
10. die bei der Beratung des Haushaltpfandes für das Jahr 1931 gestellten Sparanträge der Sozialdemokratie durchzuführen, insbesondere die im Etat vorgezeichneten Zahlungen zur Förderung des Luftverkehrs und für die Leipziger Messe einzustellen, die Zuwendungen an die Landesbühnen um 800 000 Mark zu kürzen, die Tharandter Forstakademie aufzuheben und die Ausgaben für die Freiburger Bergakademie entsprechend den sozialdemokratischen Anträgen zu kürzen;
11. das sächsische Volksschulwesen auf der bisherigen Höhe zu erhalten;
12. die Zahlungen an die Kirche, soweit sie nicht gesetzlich gesichert werden müssen, einzustellen.

Dresden, am 4. September 1931.

Erndt
und 31 Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Verzweiflung am Kapitalismus

Reiß zum Sterben

Wenn es kein deutlicheres Anzeichen dafür gibt, daß das Ende eines Herrschaftssystems nahe herbeigekommen ist, als die Verzweiflung seiner unerhörtesten Vertreter an sich selbst, dann ist das Ende des Kapitalismus nicht mehr fern. Der schwärzeste Tag, den das Banksystem in Deutschland erlebt hat, war der 13. Juli, der schwärzeste Tag der Börse der 3. September. Die unbefriedigbare Tatsache, daß die deutschen Kapitalisten so wenig Vertrauen zur kapitalistischen Zukunft haben, daß sie sich ihrer Wertpapiere möglichst rasch und zu jedem Preis, den sie bekommen können, zu entledigen suchen, hat selbst einem so hart gesotteten Unternehmernorgan wie der rechtsvolksparteilichen Deutschen Allgemeinen Zeitung einen furchtbaren Schreck in die Glieder gejagt. Es ist wohl als letztes Ereignis anzusehen, daß eines der schärftmarchistischsten Scharfmacherorgane das ungeheuerliche Versagen des

Kapitalismus eingestehen muß. Die Deutsche Allgemeine Zeitung tut das mit folgenden Worten:

„Das Problem der Neuordnung der chaotischen Verhältnisse, unter denen sich unser ökonomisches Leben abspielt oder richtiger gesagt abquält, ist zwar überaus schwer, aber keineswegs unlösbar geworden. Wir haben untern mit landwirtschaftlichen Kulturen blühend bebauten Grund und Boden, den uns niemand wegzunehmen kann. Wir haben vor Kopf der Bevölkerung mehr Wohnraum als wir je zuvor besaßen, ein ausgezeichnetes Verkehrssystem, an das der letzte Winkel des Vaterlandes angeschlossen ist, wir haben eine prachtvolle Handelsflotte, haben Bergwerke und Fabriken, Lager Räume, Handels- und Bankeinrichtungen, die nach den modernsten Grundsätzen betrieben werden, und dazu fleißige und geschulte Menschen für jede einzelne Funktion im Wirtschaftsleben.“

„All dies ist da, und nun sollten wir als Nation nicht in der Lage sein, die Einzelteile dieses hervorragenden Organismus in Gang zu setzen und in Gang zu halten?“

Das Bezeichnende an diesem „herorragenden Organismus“ ist gerade, daß er nicht funktioniert, obwohl seine Einzelteile in Ordnung sind. Daraus muß jeder Mechaniker den Schluß ziehen, daß ein Konstruktionsfehler vorliegt. Die so gefährlichen Verzweiflung, woran es liegt. Sie wissen, daß der falsch konstruierte Mechanismus Kapitalismus heißt, und daß die Einzelteile nur dann gut funktionieren werden, wenn der schlechte Mechanismus Kapitalismus durch den guten Mechanismus Sozialismus ersetzt wird.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung ist von einer förmlichen Selbstmordstimmung erfüllt:

„Das Bärenunheil, der Trümmerhaufen aus dem was einst Effektenkapitalismus hieß, liegt vor uns und jammert einen an: Laßt endlich den Kapitalismus sterben! Verkündet ihm sein Todesurteil! Oder aber stellt die Bedingungen wieder her, unter denen er leben und sich entfalten kann!“

Das ist die Sehnsucht nach der trübs- und kartellosen, der herrlichen Zeit, aber dieses Jura ist ebensovienig vollziehbar wie die Wiederherstellung der Umstände, die die „freie Wirtschaft“ ermöglicht haben. Also: Nicht zurück zum unorganisierten Kapitalismus, sondern vorwärts zu der organisierten sozialistischen Gesellschaft!

Daß der Glaube an den Segen des Kapitalismus und die Hoffnung auf die herrlichen Zeiten längst geschwunden sind, denen unsere Wirtschaftsführer, diese geborstenen Säulen, uns entgegenzuführen versprochen haben, leuchtet sogar bereits der Deutschen Allgemeinen Zeitung ein. Sie gesteht, daß die Millionen der unantastbar und mittelbar von der Wirtschaftskrise Betroffenen im Geiste bereits das Urteil über den Kapitalismus gesprochen haben:

„Wenn man heute eine Volksabstimmung darüber veranstalten würde, ob der letzte entscheidende Schritt in den Staatskapitalismus hinein vollzogen oder der privatwirtschaftliche Charakter des deutschen Erwerbslebens wieder hergestellt werden solle, so würde vernünftlich die Mehrzahl ihre Hoffnung auf die angeblühene Utopie des Staates setzen.“

Es bleibt nur noch übrig, daß die Masse der Arbeiter und Angestellten aus dieser Festsetzung eines Scharfmacherorgans die praktische Schlussfolgerung ziehen.

Reichstagsseinberufung wieder abgelehnt

Der Reichstagsrat des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages. Während der kommunistische Abgeordnete Torgler im wesentlichen den Antrag innerpolitisch begründete, meinte der deutschnationale Abgeordnete Berndt, ein Zusammenritt sei erforderlich wegen des schmachvollen Verhaltens der Reichsregierung in Genf. Auch müsse man von der Reichsregierung verlangen, daß sie Mittel und Wege finde, um den Besuch der französischen Staatsmänner, der für Ende September in Aussicht genommen sei, zu verhindern. Staatssekretär Pünder hat namens der Reichsregierung, es bei dem feierlichen in Aussicht genommenen Termin des Zusammentritts des Reichstages am 13. Oktober zu belassen. Da sich für die vorzeitige Einberufung des Reichstages lediglich die Vertreter von 225 Abgeordneten (Kommunisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten) ausgesprochen hatten, so gilt der Antrag als abgelehnt. Die Landvolkpartei hatte brüskiert erklärt, daß sie angesichts des lediglich parteipolitischen Motives entspringenden Antrages auf Einberufung des Reichstages keine Veranlassung sehe, sich an der Sitzung zu beteiligen.

Das Haager Gutachten

WIB Genf, 5. September. (Eig. Meldung.)

Das heute veröffentlichte Gutachten des Haager Gerichtshofes über die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion kommt zu dem folgenden, mit 8 gegen 7 Stimmen festgestellten Ergebnis: Ein auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundzüge des Protokolls vom 19. März 1931 errichtetes Regime zwischen Deutschland und Österreich würde mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 nicht vereinbar sein.